



Baden-Württemberg.de

GESCHICHTE

## Der Südwesten bis 1945



© Staatsministerium Baden-Württemberg

Die Venus vom Hohle Fels im Urzeitgeschichtlichen Museum Blaubeuren.

**Die historischen Vorgängerstaaten Baden und Württemberg sowie die Hohenzollernschen Lande blicken auf eine lange und ereignisreiche Geschichte zurück. An deren Ende steht das geeinte Land Baden-Württemberg. Baden-Württemberg lebt von seiner historischen Vielfalt und der „fruchtbaren Spannung“ der historischen Landesteile.**

---

### Von der Urzeit bis Napoleon



Die Siedlungsgeschichte auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs reicht mindestens 40.000 Jahre zurück. Frühmenschliche Spuren wie der 500.000 Jahre alte Unterkiefer des Homo heidelbergensis weisen noch weiter in die Vergangenheit.

Im Juli 2017 entschied die UNESCO, die „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ in die Welterbeliste aufzunehmen. Sie sind Fundorte der ältesten mobilen Kunstwerke der Welt. Damit werden die einzigartigen Fundstätten im Ach- und Lonetal als Wiege der Kunst und Musik gewürdigt. Hierzu zählen sechs Höhlenfundstellen und die sie umgebende Landschaft im Ach- und Lonetal, die Fundorte von über 50 aus Elfenbein oder Knochen gearbeiteten Figuren sind. Die gefundenen Objekte sind zwischen 35.000 und 43.000 Jahre alt. Dazu zählen das Elfenbein-Mammut von der Vogelherdhöhle, die Venus vom Hohle Fels und der Löwenmensch aus dem Hohlenstein-Stadel, sowie acht Flöten.

Bis zur „napoleonischen Flurbereinigung“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der deutsche Südwesten mit seinen rund 600 selbstständigen Territorien das klassische Land deutscher „Kleinstaaterei“ gewesen. Die Kleinteiligkeit wurde lange Zeit als rückständig bewertet. Heute jedoch erweist sich die kulturelle Vielfalt als Reichtum des Landes.

Ein Teil dieser Territorien war evangelisch, die anderen katholisch, die Reichsstädte Biberach und Ravensburg gar paritätisch. Getreu dem Grundsatz des Augsburger Religionsfriedens von 1555 – *cuius regio, eius religio* (wessen Gebiet, dessen Religion) – konnte jeder Landesherr die Konfession seiner Bevölkerung bestimmen. So bunt gescheckt wie die Karte der Herrschaftsgebiete war auch die Konfessionskarte.

## Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf den Südwesten

1789 kam es in Frankreich zur Revolution. Dieses Ereignis hatte Folgen für den ganzen Kontinent. Zuvorderst für die direkten Nachbarn des revolutionären Frankreichs. In Baden kam es ebenfalls zu Unruhen und Erhebungen, die gewaltsam niedergeschlagen wurden. Die revolutionären Truppen Frankreichs besetzten 1793 die linksrheinischen Gebiete. Daraufhin erklärte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation Frankreich den Krieg. Nachdem Preußen einen Separatfrieden mit Frankreich schloss, übernahm Österreich die Kriegsführung gegen Frankreich. Österreich handelte nach einer verheerenden Niederlage ebenfalls einen Waffenstillstand aus und zog sich aus dem Reich zurück. Vorderösterreichische Besitzungen, vor allem der Breisgau gingen verloren. Doch statt Frieden gab es 1799 einen zweiten Koalitionskrieg. Die militärischen Erfolge der Franzosen zwangen Österreich und das Reich erneut zum Frieden. Die linksrheinischen Gebiete fielen an Frankreich. Als Ausgleich sollten Baden und Württemberg neue, zunächst kirchliche und dann auch weltliche, Territorien zugeschlagen werden. Besiegelt wurden die Neuordnung der Gebiete und die Eingliederung ehemals freier Reichsstände in die Länder durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Sowohl Baden als auch Württemberg profitierten. Baden, noch mehr als Württemberg, gewann trotz der linksrheinischen Verluste ein Vielfaches an Territorium und Untertanen dazu. Aus der Markgrafschaft Baden wurde ein Kurfürstentum und 1806 ein Großherzogtum. Das Herzogtum Württemberg wurde ebenfalls zum Kurfürstentum und 1806 zum Königreich.

Napoleon drängte die Fürsten der Mittelstaaten, die einen Puffer zwischen Frankreich und den Großmächten Preußen, Österreich und Russland bildeten, in einen Bund unter seiner Führung. Mit der 1806 in Paris unterzeichneten Rheinbundakte sagten sich Baden, Württemberg, Bayern und die hohenzollerischen Fürstentümer Hechingen und Sigmaringen nebst weiteren elf Reichsständen vom Deutschen Reich los. Keine vier Wochen nach der Unterschrift endete die fast tausendjährige Geschichte

des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation mit der Niederlegung der deutschen Kaiserkrone durch Franz II. Bis 1810 gewannen Baden und Württemberg weitere Territorien hinzu. Die Grenzen der Länder entsprachen nun weitestgehend denen, die bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestand hatten.

Zwar kämpfte Württemberg in der Völkerschlacht bei Leipzig noch auf Seiten Napoleons. Im Hintergrund bereitete der württembergische König Friedrich II. jedoch schon seinen Seitenwechsel vor. Keinen Monat nach der Völkerschlacht wechselte Friedrich mit dem Vertrag von Fulda auf die österreichische Seite und schloss sich dem antifranzösischen Bündnis an. Auch Baden wandte sich, wenn auch zögerlich, Ende 1813 von Napoleon ab. Zum Beweis ihrer neuen Bündnistreue, und um die durch Napoleon hinzugewonnenen Gebiete behalten zu können, mussten beide Länder Soldaten für den Kampf gegen Napoleon stellen.

Nachdem Napoleon geschlagen war, ordneten die Sieger Europa neu. Liberalen Bestrebungen traten die Mächtigen entschlossen entgegen. Trotzdem kam es 1848 zur Deutschen Revolution.

---

## Restauration und Revolution



# Restauration und Vormärz

Nach dem Sieg über die Armeen Napoleons ordneten die Sieger auf dem Wiener Kongress 1814/1815 Europa neu. Die Deutschen Staaten sollten sich im Deutschen Bund zusammenschließen. Württemberg und Baden, darauf bedacht nicht gleich wieder an Souveränität zu verlieren, traten erst nach einigem Zögern nachträglich der Bundesakte bei.

Schon zwischen 1806 und 1814 modernisierte der württembergische König Friedrich II. seinen Staat. Er führte eine moderne Ministerialverwaltung nach französischem Vorbild ein, belebte den Handel durch die Abschaffung der Binnenzölle, verstaatlichte die Justiz und trennte sie von der Verwaltung. Mit dem Entwurf einer Landesverfassung scheiterte Friedrich an den konservativen Landesständen. Erst sein Sohn Wilhelm I. konnte die Verhandlungen über die württembergische Verfassung 1819 zu Ende bringen. Die Verfassung machte Württemberg zu einem monarchischen Rechtsstaat.

Auch in Baden wurde während der napoleonischen Zeit das Staatswesen ähnlich wie in Württemberg modernisiert. Anders als in Württemberg wurden die Reformen nicht vom Herrscher, sondern von seinen Beamten getragen und vorangetrieben. Die Beamten waren es auch, die die Landesverfassung auf den Weg brachten. Die 1818 verkündete badische Verfassung galt einigen als liberalste Verfassung ihrer Zeit. Und das nicht von ungefähr. Sie garantierte Grundrechte wie Glaubens-, Meinungs- und Berufsfreiheit, die Freiheit der Person und die Gleichheit vor dem Gesetz. Das Zweikammerparlament hatte lediglich das Budgetrecht. Die staatliche Gewalt blieb ganz unter der Kontrolle des Großherzogs.

Der liberale Geist der süddeutschen Verfassungen wurde mit den Karlsbader Beschlüssen 1819 schnell in seine Schranken gewiesen. Burschenschaften wurden verboten, die Universitäten unter strenge staatliche Aufsicht gestellt und die Pressefreiheit eingeschränkt.

Der neue reaktionäre Großherzog Ludwig, der in Baden 1818 das Zepter übernahm, begrüßte die Beschlüsse und sah sie als gute Möglichkeit, die liberale Verfassung Badens nach seinen reaktionären Vorstellungen umzugestalten.

Der württembergische König Wilhelm I. setzte die Karlsbader Beschlüsse zunächst recht lax um. Die Universität Tübingen blieb ein Hort republikanischer und liberaler Gedanken. 1824 verbot Preußen gar seinen Landeskindern in Tübingen zu studieren. Nach außenpolitischem Druck musste dann auch Wilhelm I. ab 1825 die Karlsbader Beschlüsse in Württemberg durchsetzen. Die konservativen Kräfte hatten die Oberhand gewonnen.

## Die 1848er-Revolution im Südwesten

Als die Franzosen im Februar 1848 ihren „Bürgerkönig“ Louis Phillip stürzten, sprang der Funke der Revolution auch auf die deutschen Länder über. Dabei waren die Auswirkungen in dem Frankreich benachbarten Baden gewaltiger als in Württemberg. Die demokratische und liberale Opposition wurde schnell zur Massenbewegung. Ihre zentralen Forderungen waren die nationale Einheit Deutschlands, Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament und die Abschaffung der Zensur.

In Württemberg zwang die Opposition im März 1848 König Wilhelm I., den liberalen Oppositionsführer Friedrich Römer zum Regierungschef zu machen und weitere liberale Politiker in die Regierung zu berufen. Durch die sogenannte Märzregierung lief die Revolution in Württemberg in relativ geordneten Bahnen. Ganz anders in Baden, das zu einem der Zentren der deutschen Revolution von 1848/1849 wurde.

Ende Februar 1848 formulierte die Mannheimer Volkversammlung eine Petition an die Regierung in Karlsruhe. Sie forderten Pressefreiheit, Bürgerwehren, Geschworenengerichte und ein deutsches Parlament. Schon früh spalteten sich die Revolutionäre in Baden in zwei Lager auf. Das liberal-konstitutionelle und das radikaldemokratische Lager. In Baden gelang es den liberalen Kräften nicht wie in Württemberg die Meinungsführerschaft zu erringen. Sie wollten einen Wandel innerhalb des bestehenden politischen Systems erreichen. Im Gegensatz dazu wollten die entschiedenen badischen Revolutionäre einen radikalen Umbruch und Neuanfang. Der Großherzog sollte vertrieben und eine republikanische Ordnung hergestellt werden.

Der Revolutionär Friedrich Hecker startet von Konstanz mit gut 50 bewaffneten Männern einen Marsch auf Karlsruhe um dort die Republik durchzusetzen. Dem Zug schlossen sich immer mehr Menschen an. Badische und hessische Truppen des deutschen Bundes versuchten den Zug aufzuhalten. Der Versuch den Konflikt unblutig zu beenden scheiterte. Es kam zur Konfrontation, die die Revolutionäre verloren. Die Freischärler um Hecker zerstreuten sich und flüchteten.

## Eine Verfassung für das ganze Reich

Im April 1848 hatte sich die gewählte Nationalversammlung konstituiert und ihre Arbeit in der Paulskirche in der Reichsstadt Frankfurt aufgenommen. Noch im gleichen Jahr begannen die Arbeiten an einer Reichsverfassung, die in allen deutschen Staaten gelten sollte. Ende März 1849 legte das

Paulskirchenparlament die neue Verfassung vor. Deutschland sollte ein erbliches Kaisertum bekommen.

König Wilhelm I. von Württemberg weigerte sich zunächst die Verfassung anzunehmen. Nachdem es ihm aber nicht gelang, das eigene Militär gegen die liberale Regierung zu mobilisieren, unterwarf er sich als einziger deutscher König dem Verfassungswerk. Die Zustimmung Badens zur Reichsverfassung und den Beschlüssen der Nationalversammlung verhinderten nicht das Scheitern der Verfassung. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen lehnte die Verfassung und die ihm angetragene Kaiserkrone ab. Auch Österreich lehnte die Verfassung ab und rief zusammen mit Preußen seine Abgeordneten ab. Das restliche sogenannte Rumpfparlament verlegte seinen Sitz auf Bestreben des linken Flügels nach Stuttgart. Die demokratischen Kräfte riefen zum Kampf für die Verfassung auf. Die gescheiterten konstitutionellen Kräfte verloren auf Kosten der radikal-republikanischen Kräfte an Rückhalt in der Bevölkerung.

## Badischer Widerstand und Niederschlagung

Im Mai 1849 riefen die republikanischen Kräfte zu einer Volksversammlung ins badische Offenburg. Unter den vierzigtausend Menschen, die dem Ruf folgten, waren auch viele Soldaten. Die Regierung wurde zum Rücktritt aufgerufen und die baldige Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung gefordert. Binnen weniger Tage schlug sich nahezu das gesamte badische Militär auf die Seite der Revolution. In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 1849 floh der Großherzog Leopold aus Baden.

Leopold suchte beim preußischen König Hilfe. Dieser stellte seine Hilfe jedoch unter die Bedingungen, dass Baden dem „Dreikönigsbündnis“ beitrifft. Leopolds Einwilligung setzte im Juni 1849 53.000 Soldaten in Bewegung. Die am 1. Juni ausgerufene Badische Republik wird binnen eines Monats niedergeschlagen.

Die Revolution war gescheitert. Preußen wird immer einflussreicher in den deutschen Ländern und treibt die Einigung des Reiches nach seinen Vorstellungen voran.

---

Revolution von oben



## Einigungskriege und Reichseinheit

Nachdem die Revolution gescheitert war, gewann Preußen immer mehr an Einfluss in den Deutschen Staaten. Preußen verfolgte das Ziel einer festen Union, ohne Österreich, unter preußischer Führung.

Im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 kämpften Baden und Württemberg noch auf der Seite Österreichs. Nach der vernichtenden Niederlage der Österreicher, beeilten sich Baden und Württemberg, sich auf die Seite Preußens zu schlagen. In Preußen war inzwischen Otto von Bismarck Ministerpräsident. Sein Ziel war die Reichseinigung unter preußischer Führung.

Die süddeutschen Staaten gerieten immer mehr unter die Hegemonie Preußens. Geheime Schutz- und Trutzbündnisse zwangen den Staaten die preußische Militärorganisation auf. Im Kriegsfall hatten sie ihre Heere dem preußischen Oberbefehl zu unterstellen.

1870 kam es zum Krieg gegen Frankreich. Unter preußischer Führung besiegten die vereinten Truppen der deutschen Staaten Frankreich. Bismarck nutzte den Moment des Triumphes und überzeugte die süddeutschen Herrscher von der Gründung eines kleindeutschen Reiches ohne Österreich. Am 18. Januar 1871 wird im Spiegelsaal von Versailles das Deutsche Reich proklamiert. Der preußische König Wilhelm I. wird zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Baden und Württemberg wurden zu Teilen des Deutschen Kaiserreichs. Mit der Reichseinheit dominierte Berlin die Länder auf nahezu allen Ebenen.

Durch die Industrialisierung hatte sich vor allem in den Städten die Gesellschaft stark verändert. Mit der Zentrumsparlei, als politischem Organ der Katholiken und den Sozialdemokraten als Arbeiterpartei kamen neue politische Akteure ins Spiel. Reformen waren überfällig. Deshalb beschließen Baden 1904 und Württemberg 1906 eine Verfassungsreform. Die neuen Verfassungen brachten vor allem beim Wahlrecht Verbesserungen.

1914 brach der Erste Weltkrieg aus, der 1918 mit der deutschen Niederlage endete. Die Belastungen durch den Friedensvertrag von Versailles waren ein schweres Pfand für die junge Weimarer Republik, die zusätzlich durch die Weltwirtschaftskrise geschwächt wurde. Extreme Kräfte gewannen immer mehr die Oberhand – auch im Südwesten.

---

Erster Weltkrieg, Weimarer Republik und Nationalsozialismus



## Erster Weltkrieg und Revolution

Der Erste Weltkrieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ forderte von 1914 bis 1918 17 Millionen Menschenleben. Mehr als 62.000 Badener und rund 73.000 Württemberger kamen im Krieg ums Leben.

Der Württemberger Matthias Erzberger unterzeichnete im Auftrag der neuen deutschen Reichsregierung am 11. November 1918 in Compiègne bei Paris den Waffenstillstand und beendete damit den schon lange verlorenen Krieg und das sinnlose Töten auf beiden Seiten der Front. Zwei Tage zuvor wurde in Berlin von dem Heidelberger Friedrich Ebert die Republik ausgerufen.

Die Revolution, ausgelöst durch meuternde Matrosen in Kiel in den ersten Novembertagen 1918 und befeuert von einer kriegsmüden Bevölkerung, erreichte auch den Südwesten Deutschlands. Noch am 9. November geriet eine Massendemonstration in Stuttgart zum revolutionären Aufstand, der dennoch relativ friedlich verlief. König Wilhelm II. von Württemberg dankte ab und in Württemberg wurde ebenfalls die Republik ausgerufen. Am Abend zog sich der König auf sein Jagdschloss nach Bebenhausen zurück. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Blos bildete als neuer Ministerpräsident eine vorläufige Regierung in Stuttgart.

Einen Tag nach den Ereignissen in Württemberg kam es ebenso in Baden zum Umsturz und zur Ausrufung der Republik. Allein in den Garnisonsstädten Lahr und Offenburg kam es zu Unruhen.

Großherzog Friedrich II. von Baden erklärte seinen Amtsverzicht.

Die im Südwesten sozialdemokratisch geprägten Arbeiter- und Soldatenräte unterstützten die neuen Regierungen und hielten die öffentliche Ordnung aufrecht.

1919 wurden in beiden neuen Republiken verfassungsgebende Landesversammlungen gewählt.

Erstmals durften auch Frauen wählen. Im Gegensatz zu Berlin herrschten im Südwesten relativ stabile Regierungsmehrheiten.

## Die Weimarer Republik

Die Demokratie in der jungen Weimarer Republik war jedoch bedroht. Terror von links aber vor allem von rechts griffen die Regierung, ihre Vertreter und Befürworter immer wieder an. Erzberger wurde von einem rechten Terrorkommando genauso erschossen wie der frühere Reichsaußenminister Walter Rathenau. Im Reichstag fand sich keine stabile Mehrheit für eine kontinuierliche Regierungsarbeit.

Der Friedensvertrag von Versailles belastete die junge Republik. Die Hyperinflation entwertete das Geld schneller als es gedruckt werden konnte. Gerade als sich die Situation etwas zu entspannen schien, riss der Börsencrash in New York die Welt im Oktober 1929 in eine tiefe Wirtschaftskrise.

## Nationalsozialismus

Die immer schlechter werdende wirtschaftliche Situation machte die Menschen empfänglich für radikale Parolen und einfache Lösungen. Besonders profitierten die extremen Rechten von der Stimmung. Adolf Hitlers NSDAP erreichte bei den Reichstagswahlen 1930 in Baden über 19 Prozent und in Württemberg, das wirtschaftlich etwas besser dastand, 9 Prozent. Im Reichstag wurde die NSDAP zweitstärkste Kraft.

Bei den Landtagswahlen 1932 wurde die NSDAP dann in Württemberg stärkste Kraft. Eine bürgerliche Regierungsbildung war nicht mehr möglich, so dass Staatspräsident Eugen Bolz nur mit Notverordnungen weiterregieren konnte. In Baden war 1929, vor dem Börsencrash, zuletzt gewählt worden. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erreichten die Nationalsozialisten in Württemberg knapp 31 Prozent, in Baden 37 und im gesamten Reich knapp 38 Prozent.

In Berlin gab es schon lange keine stabile Regierung mehr. Am 30. Januar ernannte der 85-jährige Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Die Nationalsozialisten begannen umgehend damit, die Parlamente zu entmachten und einen zentralistischen Führer-Staat zu installieren. Die Regierungen in Stuttgart und Karlsruhe wurden abgesetzt und durch sogenannte „Reichskommissare“ ersetzt. Die Eigenständigkeit der Länder war Geschichte.

Die Opposition wurde brutal unterdrückt. Im Juli 1933 wurden alle Parteien außer der NSDAP verboten. Presse und Rundfunk wurden gleichgeschaltet, Gewerkschaften verboten, Bücher zensiert, politische Gegner verfolgt. Es begann das dunkelste Kapitel deutscher und damit auch südwestdeutscher Geschichte mit einem Angriffskrieg gegen den Rest Europas und der industriellen Massenvernichtung von Juden, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, Sinti und Roma, Kriegsgefangenen und politischen Gegnern in den Konzentrations-, Arbeits-, und Vernichtungslagern.

---

Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die französischen und amerikanischen Besatzer den Südwesten in drei Teile. Doch schon in der Verfassung des Landes Württemberg-Baden von 1946 war ein Zusammenschluss der Länder vorgesehen. Auch im Grundgesetz gab es einen eigenen Artikel zur Frage des Südweststaats. Ende 1951 entschieden dann die Bürgerinnen und Bürger über ein gemeinsames Bundesland. [Mehr](#)

**Link dieser Seite:**

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/unser-land/geschichte/der-suedwesten-bis-1945>